

Die verborgenen Chancen der CVP

Bei Wahlen tauchen FDP und CVP regelmässig. Beide ringen um ein neues Selbstverständnis. Trotzdem ist die bürgerliche Mitte nicht zu unterschätzen. Vor allem die CVP hat Potenzial.

Von Matthias Baer

Vor kantonalen Wahlgängen bleiben CVP und FDP jeweils wenig Hoffnungen. Nicht einmal die Höhe der Wahlbeteiligung kann ihr Schicksal günstig beeinflussen. «Bei einer tiefen Beteiligung bleiben überdurchschnittlich viele FDP- und CVP-Wähler zu Hause, bei einer hohen gehen vor allem zusätzliche SVP- und SP-Wähler an die Urne», sagt der Politologe Claude Longchamp. Dieses Dilemma illustriert nur allzu deutlich, wie schwierig es die beiden Zentrumsparteien haben. Nicht nur sackten sie bei den Nationalratswahlen vor einem Jahr erneut ab (gemeinsam um 4,1 Prozent), in den sechs kantonalen Wahlen seither verloren sie total 49 Parlamentsitze.

Geradezu Mitleid erregend präsentiert sich die FDP. Das Bündnis, welche sie Ende letzten Jahres mit der SVP einging, bescherte dieser zwar einen zweiten Bundesrat, dem Freisinn aber keinen neuen Auftrieb. Die Kanterniederlage vom vergangenen Mai, das Nein zu Steuerpaket und AHV-Revision, blieb vor allem an ihr hängen. Heute steht die Partei nicht nur ohne kohärentes Programm und ohne Präsident da, sondern hat auch kein neues Selbstverständnis gefunden. Die Zurückstufung zum bürgerlichen Juniorpartner bleibt unverdaut. Immer mal wieder spielen sich die Freisinnigen als jene Staatslenker auf, die sie längst nicht mehr sind. Wirkung erzielen sie damit keine.

FDP verliert neu auch an die SP

Die Krise des Freisinns ist längst nicht mehr eine Formschwäche, sondern strukturell bedingt. National hat sie letztmals 1979 Wähleranteile dazugewonnen – zu einer Zeit, als in Washington Jimmy Carter regierte und im Bundeshaus Willy Ritschard. «Inzwischen verliert die FDP an allen Rändern», sagt Longchamp, «nicht mehr nur an die SVP, sondern in den Agglomerationen und Städten zunehmend auch an die SP.» Ein Beispiel: Im Stadttürcher Kreis 7, der einstigen freisinnigen Hochburg Zürichberg, sind die Sozialdemokraten heute prozentual die stärkste Kraft. Wer aber nach allen Seiten verliert, kann sich nach keiner Seite mehr bewegen, ohne neue Verluste zu riskieren.

So würde die FDP mit einem akzentuierten rechtsfreisinnigen Kurs nicht nur in urbanen Gebieten marginalisiert, sie bekäme auch in der Romandie Probleme. Genauso wenig kann sich die Partei zur linken Mitte hin öffnen, weil sie sonst am rechten Rand und in Wirtschaftskreisen weiter einbrechen würde. Ausserdem zielte dieser Kurs an der eigenen Basis vorbei. Laut der Wahlnachbefragung Selects treten FDP-Wähler weit stärker für Steuersenkungen ein als jene der SVP.

Doch auch die Flucht nach vorn, wie sie der Zürcher Nationalrat Ruedi Noser mit seinem parteiinternen Projekt «Avenir radical» versuchte, ist heikel – die Profilierung als radikal liberale Reformpartei, die ohne ideologische Scheuklappen die notwendigen wirtschafts- und sozialpolitischen Veränderungen ansteuert. Nach den neoliberalen Eskapaden der späten Neunzigerjahre beflügelt das Wort «Reform» die Wählerinnen und Wähler nicht mehr, sondern erschreckt sie im Gegenteil. Auch ein grosser Teil der freisinnigen Klientel – darunter Bauern oder Staatsangestellte – sähe sich bedroht und könnte zu den bewahrenden Kräften am linken oder rechten Pol abwandern.

Lieber klein, aber fein?

Die Verluste, die jede Kursklärung mit sich bringen würde, kann sich die FDP schlicht nicht mehr leisten. Sie würde sich

FDP

Nationaler Wähleranteil in Prozenten: 17,3 (2003); 19,9 (1999)

Sitzgewinne/-verluste kantonale Parlamentswahlen 2004*: -23

CVP

Nationaler Wähleranteil in Prozenten: 14,4 (2003); 15,9 (1999)

Sitzgewinne/-verluste kantonale Parlamentswahlen 2004*: -26

*Kantonale Wahlen UR, SG, TG, SZ, SH, BS

Elektoral noch tiefer gefallen als die FDP ist die zweite Mittepartei, die CVP. Setzt sich ihr Niedergang im gleichen Tempo fort, fällt sie schon in ein paar Jahren unter die magische 10-Prozent-Grenze. «Die SVP hat sich auf ihrem Gebiet fest eingenistet und die CVP in die Mitte abgedrängt», konstatiert der Politologe Werner Seitz, «zudem kommt sie aus ihrem religiösen Getto nicht heraus.» Nach wie vor sind über zwei Drittel ihrer Wähler katholisch. Über die diffuse Programmatik der Christdemokraten witzelt Longchamp: «Sie sind und bleiben Kombinationsweltmeister: Mal versuchen sie die anderen bürgerlichen finanzpolitisch rechts zu überholen, dann profilieren sie sich wieder als deren soziales Gewissen.»

Auch die in diesem Sommer beschlossene neue «liberal-soziale» Ausrichtung sei wenig Erfolg versprechend, warnt Hans Hirter: «Mit dieser «Landesring-Strategie» verrennen sie sich komplett.» Die CVP-Linie einer bürgerlichen Politik mit sozialer Verantwortung könnte zwar auch unter modernen, urbanen Wählern Anklang finden, doch missfällt diesen die konservative Gesellschaftspolitik, vor allem das traditionelle Familienbild. Seit dreissig Jahren versucht die CVP in die Agglomerationen vorzudringen – nie ist es ihr bisher gelungen. «Die urbane Wählerschaft ist schon heute die umkämpfteste», sagt der frühere CVP-Generalsekretär und heutige Politbeobachter Iwan Rickenbacher, «niemand hat auf die CVP gewartet.»

Die Schwierigkeiten sind also gross. Und doch gibt es Anzeichen dafür, dass die CVP für die Zukunft eher besser gerüstet ist als die FDP. Zum einen kann die Partei auf deutlich weitläufigere Stammlande zählen – in fünf Kantonen erreicht sie immer noch über 30 Prozent, im Wallis und in Obwalden gar über 50 Prozent. Und die CVP weise eine Kernklientel hinter sich, der sie ein massgeschneidertes Programm anbietet: konservative Wähler, die auf wirtschaftliche Solidarität angewiesen sind – zum Beispiel Bauern in Berggebieten. Die SP fällt für sie aus lebensanschaulichen Gründen weg, die anderen bürgerlichen wegen ihrer neoliberalen Politik. «Hier kann die CVP sogar noch stärker ansetzen und die Widersprüche der SVP ausnützen, die nun einen Abbau der Agrarsubventionen verlangt», sagt Hirter.

Unter jungen ist die CVP in

Zudem scheint die CVP unter den Jungen neuen Zulauf zu finden. Die Nachwahlbefragung Selects ergab, dass die Christdemokraten 2003 in keiner Alterska-

tegorie so gut abgeschnitten haben wie unter den 18- bis 24-Jährigen. «Das ist eine pragmatische Generation, denen die SP zu ideologisch und die FDP zu wirtschaftsnah ist», sagt Michael Hermann, Mitautor des «Atlas der politischen Landschaften». Überdies verfügen die Christdemokraten mit Doris Leuthard über eine Parteipräsidentin, die diesen Kurs authentisch verkörpert.

Der katholische Stallgeruch der CVP stört diese Jungen nicht, weil für sie der Kulturkampf der Achtundsechziger – das

Anrennen gegen bürgerliche Tugenden – kein Thema mehr ist. «Entweder es interessiert sie nicht», sagt Hermann, «oder sie befürworten diese Traditionen selbst.» Auch die programmatischen Widersprüche seien für diese Neuwähler kein Problem, sondern eher ein Beleg für die Realitätsnähe der CVP. «Das grösste Manko der Partei könnte sich als Qualität entpuppen», mutmasst Hermann.

Schliesslich nützt der Partei aber auch, dass sie im Selbstfindungsprozess deutlich weiter fortgeschritten ist als die FDP. Auch gezwungenermassen. Der Verlust des zweiten Bundesratsitzes war ein Realitätschock, welcher der Partei gut tat. Die Christdemokraten konnten gar nicht mehr anders als ihren Bedeutungsverlust endlich zur Kenntnis zu nehmen – den Abstand von inzwischen 12,3 Prozentpunkten auf die SVP. «Nachdem sich die Partei jahrelang an eine Macht klammerte, die ihr eigentlich nicht mehr zustand, wirkt sie nun fast befreit», so Longchamp.

Eine solche Partei muss weniger Rücksichten nehmen und agiert offensiver. Das zeigt sich im Kanton Zürich, wo die CVP der SVP im Februar einen Regierungssitz abzugewinnen versucht. Nachdem sich Zürich bereits in den vergangenen Jahren häufig als nationales Politlabor erwiesen hat, zeichnen sich hier einmal mehr mögliche nationale Perspektiven ab. Zumindest theoretisch deutet sich eine Mehrheit jenseits der SVP an, mit der CVP als Dreh- und Angelpunkt.

Mehrheit in Kantonsregierungen

So sind die bürgerlichen Mitteparteien unterschiedlich unterwegs, die CVP eher etwas besser als die FDP. Wobei klar ist: Dieser Aufwärtstrend steht allenfalls in den Sternen, elektoral bestätigt hat er sich bislang nirgends. Ein Machtfaktor bleiben beide Zentrumsparteien aber auf jeden Fall, nur schon wegen ihrer Position in den Kantonen. Noch immer stellen sie mehr als die Hälfte aller kantonalen Regierungsvertreter (87 von total 158). Und auch wenn sich eine Fusion der beiden Mitteparteien bislang nicht abzeichnet, arbeiten sie häufig sehr eng zusammen. Auch im nationalen Parlament auf sehr vielen Politikfeldern. Gemeinsam bringen es die beiden noch immer auf über 30 Prozent – und sind damit die stärkste Kraft im Lande. «Da ist es nicht mal so dramatisch», sagt Hans Hirter, «wenn sie noch ein, zwei Prozente verlieren sollten.»

PARTEIEN IM UMBRUCH (TEIL 1)

Die bürgerliche Mitte

Vor rund einem Jahr wurde die Zauberformel gesprengt: Die CVP verlor einen Bundesratsitz, die SVP gewann einen hinzu. Doch bereits in den kommenden Monaten kam die rechte Of-

fensive ins Stoppen: 2004 siegte die Linke in zentralen Volksabstimmungen. Wo stehen die Parteien heute? Teil 2 über SP/GP und die SVP folgt nächste Woche. (TA)

Die Sieger machen wenig aus ihren Siegen

Sie legen alle zu. Und stecken alle im gleichen Dilemma: Alleine schaffen weder die SVP noch SP und Grüne Mehrheiten. Doch für Koalitionen in die Mitte politisieren sie zu ideologisch.

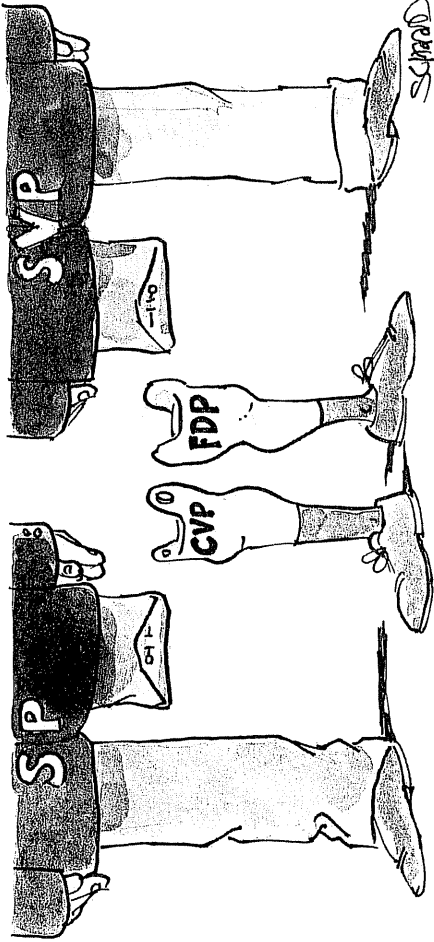
Von **Matthias Baer**

Der Rechten und der Linken ging es in diesem Land nie besser. Die Zuwachsraten sind beeindruckend: Die SVP steigerte sich von knapp 12 Prozent Anfang der Neunzigerjahre auf inzwischen fast 27 Prozent. SP und Grüne bringen es (gemeinsam mit weissen Linksaussenparteiern) auf fast 33 Prozent. So stark war die Schweizer Linke seit Einführung des Proporzwahlrechtes 1919 nie.

Auf elektoralen Zuwachs sind die Pole links und rechts allerdings auch zwingend angewiesen. Besonders die SVP ist zum Erfolg verdammt. Nur solange es unterwegs geht, kann sie ihre inneren Widersprüche unter dem Deckel halten - etwa das Dilemma, gleichzeitig ausländerfeindliche Ressentiments zu bedienen und sich als Wirtschaftskraft zu profilieren. Zudem braucht die Partei ständig neue Triumphe, um ihre grosse und heterogene Gefolgschaft zusammenzuhalten. «Die SVP ist weitgehend ein medial inszeniertes Produkt», sagt der Politologe Claude Longchamp, «da muss dauernd und mit grosser Intensität kommuniziert werden». Auf stabile Bindungen können die Rechtskonservativen weit weniger zählen als die auf ihren Kern geschrumpften Mitteparteien CVP und FDP. «Vieles sind Protestwähler, die aus Hass aufs Establishment oder wegen der Europapolitik dazustossen», sagt der Politologe Hans Hirter. «Schon morgen können sie wieder abspringen.»

Angst vor rechter Konkurrenz

Dieser Gefahr ist sich keiner so bewusst wie der Vater des SVP-Erfolgs, Christoph Blocher. «Wären wir nicht erfolgreich wären die nicht bei uns», äusserte er sich schon vor den letzten Nationalratswahlen besorgt über die vielen Mitläufer. Der Justizminister versucht denn auch alles, damit sich die rechten Unzufriedenen weiterhin in der SVP heimisch fühlen: Auch als Bundesrat setzt er sich effektiv als rechter Oppositionsführer in Szene. Allerdings dürfte ihm dies in Zukunft schwerer fallen, weil er häufiger selbst erarbeitete Vorlagen vertreten muss - und



Gehilfen.

bei uns», ist Stämpfli überzeugt. Und der Politologe Werner Seitz fügt an: «Die gesellschaftliche Verunsicherung bleibt ein dankbares Feld für einfache Rezepte.» Günstig sind die unsicheren Zeiten auch für die rot-grünen Antipoden der SVP. Bei den kantonalen Wahlen dieses Jahr gewannen SP und Grüne insgesamt 39 Sitze hinzu - und damit mehr als die SVP mit ihren 24 zusätzlichen Parlamentariern. «Neu ist nicht nur, dass der linke Pol schneller wächst als der rechte», konstatiert Seitz. «Sozialdemokraten und Grüne kannbali- sieren sich auch nicht mehr gegenseitig, und sie gewinnen in der Mitte Wählerinnen und Wähler hinzu.» Allerdings ist Rot-Grün auf solchen Erfolg auch angewiesen. Vor allem die SP kann nicht auf ihrem heutigen Stand stagnieren. Als linke Bundesratspartei muss sie die Bürgerlichen stets neu davon überzeugen, dass man sich besser mit ihr arrangiert, als ihr den Kampf anzusagen. «Mit 28 Prozent wäre ihre Drohmacht weit eindrücklicher als mit den heutigen 23 Prozent», so Longchamp.

SP in ländlichen Gebieten im Absieles

Wo die SP derart kräftig hinzugewinnen könnte, zeichnet sich allerdings nicht ab. Sie ist stark in den Städten und Agglomerationen, doch auf dem Land stellt sich ihr ein ähnlich strukturelles Problem wie den US-Demokraten im mittleren Westen der Vereinigten Staaten. «Die Sozialdemokraten sind in der ländlichen Deutschschweiz nicht mehr wählbar», sagt Longchamp. «Weil sie nicht auf die Sensibilität einer nationalen orientierten Arbeitnehmerschaft eingehen.» Natürlich könne die SP nicht den ausländer- und sicherheitspolitischen Kurs der SVP kopieren. «Doch sollten die Genossen nicht feilen, der solche Themen anspricht, als Kleinbürger diffamieren. Diese Rückeroberung der kleineren Leute sei «völlig unrealistisch», meint allerdings

PARTEIEN IM UMBRUCH (TEIL 2)

Die Pole links und rechts

Vor rund einem Jahr wurde die Linke in zentralen Volksabstimmungen. Wo stehen die Parteien heute? - Teil 3 folgt Ende Woche: Sind die Schweizer Parteien zu Monaten, kam die rechte Offensive ins

wärmt sie nicht nur die (bereits einmal abgelehnte) Kapitalgewinnsteuer auf, sondern auch die (bereits einmal abgelehnten) einkommensabhängigen Krankenkassenprämien. «Ich erkenne keine zusammenhängende linke Programmatik, welche die Mitte zum Mitrum verlocken könnte», urteilt Rickenbacher.

SVP stellt nur jeden 8. Regierungsrat

Das gleiche fundamentale Problem stellt sich der SVP. Auch sie braucht Verbündete in der Mitte. Und auch sie ist keine verlässliche Partnerin, mit der sich jenseits punktueller Mehrheiten in Finanz- und Wirtschaftsfragen - ein zusammenhängendes Programm realisieren liesse. Die SVP tritt sogar härter auf als die SP: In ihrer neuen Form als radikale Minderheitspartei ist sie noch jung und nicht gewöhnt, ihre Anliegen höchstens schreibchenweise durchzusetzen.

Inbesondere hat sie bis heute keinen vernünftigen Umgang mit der Macht gefunden. Ihre Exekutivvertreter können fast nur scheitern: Entweder sie versuchen, pragmatisch etwas zu bewirken und werden dann von der eigenen Partei in den Rücktritt gedrängt, wie der Zürcher Finanzdirektor Christian Huber. Oder sie fügen sich der reinen Lehre und isolieren sich im Gremium. Die Wähler ausserhalb der SVP haben dies längst durchschaut - und verweigern deren Kandidaten oft die Gefolgschaft. Von total 158 kantonalen Regierungssitzen besetzt die grösste Schweizer Partei gerade mal 19.

Das Dilemma auf den Punkt brachte kürzlich der neue Präsident der Kantonalzürcher CVP Markus Arnold: «Wenn die SVP so weiterpolitisiert, ist sie dazu verdammt, entweder die absolute Mehrheit zu erreichen oder zu verschwinden.» Nicht derart absolut, aber in der Tendenz trifft dies auch auf die SP zu.

Den beiden Präsidenten der Pol-Parteien ist das letztlich auch bewusst: Gefühlsmässig wurden schon morgen auf die diffusen Mitteparteiellen wissen sie aber, dass es ohne diese nicht geht. Das zeigen die be-

Nationaler Wähleranteil in Prozenten:

26,7 (2003); 22,5 (1999)

Rot-Grün

Nationaler Wähleranteil in Prozenten: SP: 23,3 (2003); 22,5 (1999) GP: 7,4 (2003); 5 (1999)

Sitzgewinne/verluste (kantonale Parlamentswahlen 2004*): + 22 (GP)

* Kantonale Wahlen UR, SG, TG, SZ, SH, BS

Michael Herrmann, Mitautor des «Atlas der politischen Landschaften». Mit dem heutigen linken Personal aus Anwälten, Sozialarbeitern und Lehrern sei das nicht zu machen: «Ein Industriearbeiter fühlt sich da fehl am Platz.» Vielmehr sollten die Linken ihre Betreuungsleistungen in Richtung des Übergangs zwischen Sympathisanten von SP und FDP in den Städten flussend», so Herrmann. «Ihr Stil und ihre Lebensweisen sind sich ähnlich.»

Doch auch wenn die SP in die eine oder andere Richtung wachsen sollte: Nie wird sie so stark sein, alleine eine Mehrheit zu erreichen. Will sie die Politik aktiv mitgestalten und nicht nur als Blockade macht auftreten, braucht sie Partner in der Mitte. Doch gerade mit dieser Bündnisfähigkeit hapert es.

Immer wieder opfert die SP Kompromisse mit den Bürgerlichen ihrer Bewegungssolidarität, wie Hirter kritisiert: «Wenn irgendetwas grüno-soziales Gruppchen betroffen ist, sagt gleich die ganze SP Nein.» Von einer identitätsstiftenden Minderheitenlogik spricht auch Stämpfli: «Anstatt das Ganze im Auge zu behalten, beugt man sich Sonderinteressen.» So hat die SP auch wegen des Drucks von Behindertenorganisationen die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) abgelehnt, der aus linker Sicht durchaus einige Fortschritte brächte. Zusätzlich isoliert sich die SP, weil sie ihre Selbstverwirklichung häufig pragmatischer Realpolitik vorzieht. Derzeit

Die Parteien sind zu schwach für Reformen

Den Schweizer Parteien ist ihre Klientel wichtiger als das Ganze. Dennoch bleiben sie unangefochten. Neugründungen hätten kaum Chancen.

Von Matthias Baer

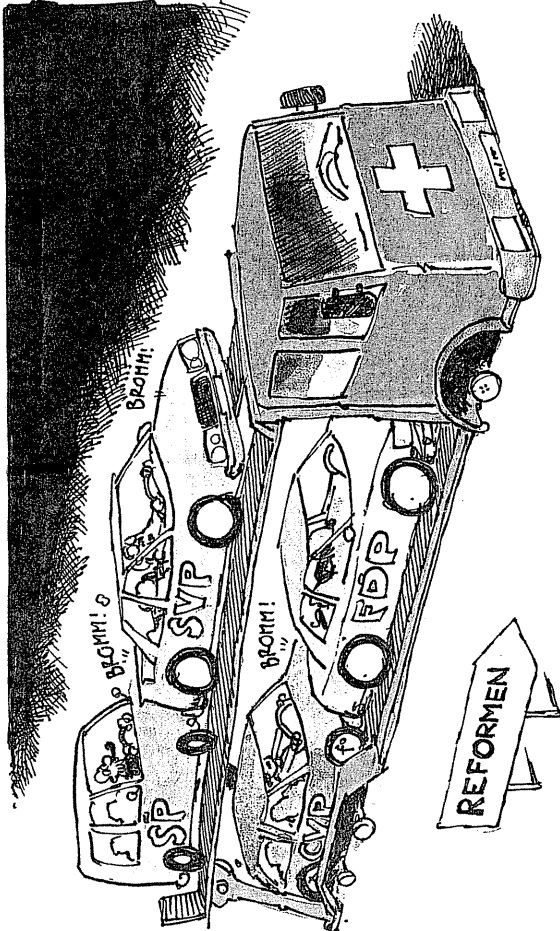
«In Wirklichkeit», konstatierte SVP-Chef Ueli Maurer kürzlich im «Facts», «ist es momentan politisch friedlich wie an einem Sommertagen auf der Alp.» Tatsächlich bewegt sich in der Schweizer Politik derzeit weit weniger, als im vergangenen Dezember plötzlich möglich schien, nachdem die über vierzigjährige Zauberformel im Bundesrat geknackt worden war. «Diese Veränderung wurde ein Jahrzehnt lang vorbereitet», so der Politologe Claude Longchamp. «nun sind die Akteure erschöpft und brauchen etwas Ruhe.»

Veränderungen bleiben hier zu Lande also die Ausnahme. Das trifft auch auf die Parteien zu, die letztlich Gefangene ihres überlieferten Selbstverständnisses sind: Die FDP wird weiterhin ihre divergierenden Flügel zu integrieren versuchen. Die CVP bleibt bei ihrem konservativ-sozialen Kurs. Die SVP muss auch als Regierungspartei ihre Protestwähler zufrieden stellen. Und die SP ist zu stark diversen Minderheiten verpflichtet, um sich zur breiten linksbürgerlichen Partei zu wandeln.

Diese Beharrlichkeit des Systems hat seine Gründe. Die heissen Parteien sind äusserst schwerfällige Gebilde, weil sie genauso föderalistisch aufgebaut sind wie das ganze Staatswesen. Die wirkliche Macht innerhalb der Parteien liegt bei den Kantonssektionen, die überdies teils gegensätzliche Kurse fahren. «Die nationalen Parteipräsidien sind vor allem damit beschäftigt», sagt der Politologe Hans Hirter, «die divergierenden Strömungen zu integrieren.» Entschlossen in eine Richtung zu gehen, ist da schwierig, einen neuen Kurs einzuschlagen, fast unmöglich.

Aideu Poch, Frap und Landesring

Wandel könne es da nur unter einer Bedingung geben, sagt Michael Herrmann, Mitautor des «Atlas der politischen Landschaften»: «Der Anstoss müsste von unten kommen.» Das beste Beispiel hierfür sind die Achtundsechziger, die ab den Siebzigerjahren die SP übernahmen und aus der



Arbeiterpartei eine Partei des gut gebildeten, urbanen Mittelstandes machen. Solchen Zulauf können die Krisenparteien CVP und FDP bislang nicht verzurichten.

Noch weniger sind Unzufriedene auszumachen, die eine neue Partei gründen würden. Der Aufwand ist riesig, bis auf allen drei Ebenen von Gemeinden, Kantonen und Bund eine schlagkräftige Organisation aufgebaut ist. Und selbst wenn das gelingt, ist eine langfristige Existenz nicht gesichert. In den letzten zehn Jahren verchieden nicht nur die linke Poch, sondern auch die feministische Frap und der Landesring der Unabhängigen (LdU). Nicht einmal mit der naheliegendsten Entwicklung ist in den nächsten Jahren zu rechnen, einer Fusion von FDP und CVP. «Eine solche 30-Prozent-Partei weckt Abwehrkräfte», sagt Hirter, «im Gegensatz würde auch die SVP weiter zulegen.» Ebenso wenig lohnt sich die Fusion aus medialen Gründen: Heute können FDP und CVP je einen Vertreter in die «Arenas» schicken, in Zukunft wäre es noch einer.

So werden sich die Schweizer wohl auch

PARTEIEN IM UMBRUCH (TEIL 3 / SCHLUSS)

Blockade oder Aufbruch?

Vor rund einem Jahr wurde die Zauberformel gesprengt: Die CVP verlor einen Bundesratsitz. Die SVP gewann einen hinzu. Doch bereits in den kommenden Monaten kam die rechte Offensive ins

onsfeld zwischen den Bundesratsparteien. Leider funktioniert das nur in der Theorie. In der Praxis zeigt das schweizerische System Schwächen. Heisige Parteien scheitern weit weniger als die ausländischen Mehrheitsparteien fähig zu sein, schwierige Reformprozesse durchzusetzen.

Als nur halbe Regierungsparteien, die stark ihren Mitgliedern verpflichtet sind, fühlen sie sich weniger für das Gesamtwohl verantwortlich. Nie wären sie bereit, wütende Proteste in den eigenen Reihen auszuhalten – wie die SPD mit den Demonstrationen gegen die Hartz-IV-Reformen. «Sie scheuen die Unpopularität und verteidigen ihre Besitzstände», sagt der Politbeobachter Iwan Rickenbacher.

Die Verelendungstheorie

Das trifft auf alle Parteien zu, besonders aber auf jene, die zulegen. SP und SVP sind schon von ihrem Wesen her wenig auf Kompromisse angelegt. Besser wäre hier für die bürgerliche Mitte geeignet, doch ist diese heute zu verunsichert und zu schwach, um Aufwindungen auszuhalten. Noch Ende der Neunzigerjahre war dies anders. Sogar in Steuerfragen trauten sich der Freisinn, das Gemeinwohl über Partikularinteressen zu stellen. Die Partei trug die – für sie – heikle Schwerverkehrsabgabe mit und lehnte die – für sie – attraktive Hauseigentümer-Initiative ab. «Heute wachtet die SVP ständig über dem Freisinn», so Herrmann, «bei jeder Abweichung von der reinen liberalen Lehre ruft sie Verrat.» Und ohne Abweichung kein Kompromiss.

In zentralen Fragen droht deshalb die Blockade. Und dies obwohl das Land vor fehlenden tragfähigen Konzepten zur Sicherung der Sozialwerke. Einen Konsens, wie die Bundesfinanzen sowohl einnehmen – als auch ausgabensteig saniert werden können, ist nicht in Sicht. Sogar überfällige Anpassungen an die Lebensrealität, etwa die Legalisierung des Haschischkonsums, scheitern im Parlament. Und wenn sich für einmal zwei, drei Parteien zusammenschliessen, scheitern die Stimmbürger aus und raufen, scheren den Vorschlag ab. Gar ein Scheitern des Jahrhundertwerkes NFA kann am

Wochenende nicht vollends ausgeschlossen werden. Der Hang zum Status quo, welche die Parteien demonstrieren, zeigt sich auch bei den Stimmbürgern. Die Chancen, dass die Parteien diese Blockade offensiv durchbrechen können, sind klein. Realistischer sind zwei andere Szenarien: Entweder werden die Schwierigkeiten so gross, dass das System irgendwann zum Handeln gezwungen wird. Oder aber es geschehen «schleichende Veränderungen, die nicht deklariert werden», so Rickenbacher. Ein Beispiel ist die «breite politische Medizin, die breite politische Kreise ablehnen, die sich aber nichtsdestotrotz durchzusetzen beginnt».

Den Parteien stellt dies ein schlechtes Zeugnis aus. Momentan scheinen sie nicht fähig, Probleme vorausschauend zu lösen.

der angestiegen, auf immerhin 45 Prozent. Mehrere Zehntausend Personen, schätzt der Politologe Andreas Ladner, üben hier zu Lande irgendein Parteiamt aus. Zudem hat der Anteil jener Personen, die sich durch eine Partei gut vertreten fühlen, in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Allerdings ergab die gleiche Studie einen aufschlussreichen zweiten Befund: SVP- und SP-Anhänger sehen sich längst nicht so weit rechts beziehungsweise links wie ihre jeweilige Partei. Was eine Vermutung nahe legt: Die Parteien am rechten und linken Pol sind nicht deshalb erfolgreich, weil man sich die Durchsetzung ihres Programms wünscht. «Man wählt sie», so Herrmann, «um den Kompromiss in der Mitte ein bisschen mehr nach rechts oder links zu bewegen».

Oder anders gesagt: Müsstest SVP-Wähler wirklich befürchten, dass 30 Prozent des Bundeshaushaltes eingespart würden, votierten sie anders. Sie wollen bloss, dass der Bund haushälterischer wirtschaftet. Und wenn die SP-Anhänger ernsthaft damit rechnen müssten, dass alle neuen Steuern kämen, welche ihrem Parteipräsidium vorschweben, würden viele untreu. Sie wünschen einzig, dass der Staat nicht finanziell ausblutet. So kommt der Kompromiss im schweizerischen System letztlich ähnlich in der Mitte zu liegen wie in Deutschland oder Grossbritannien, einfach auf anderem Weg: Dort orientiert sich die Regierungspartei von allein. Auf dem Wege der Neunzigerjahre ist die Beteiligung an den Nationalratswahlen wie-

SCHAAP